

Man sollte aufhören, von „Polizeiausbildung“ zu sprechen

Interview mit Wolfgang Gunkel

spw: Die Bundesregierung rühmt sich ebenso wie ihre Vorgängerin, den Aufbau von Sicherheitsstrukturen in Afghanistan voranzutreiben, dazu soll besonders die Ausbildung afghanischer Polizisten zählen. Reicht die angekündigte Aufstockung auf 200 deutsche Ausbilder aus, um die Zahl der afghanischen Polizisten auf 110 000 bis Oktober diesen Jahres zu erhöhen?

» **W.G.:** Erst einmal sollte man klären, was man mit „afghanischen Polizisten“ überhaupt meint. Bereits hier gibt es ein Durcheinander der Begrifflichkeiten, so dass die Diskussion um den Polizeieinsatz in Afghanistan für die Öffentlichkeit nicht klar und ehrlich geführt wird. Man sollte aufhören, von „Polizeiausbildung“ zu sprechen, wenn eigentlich von einer Schnellschulung paramilitärischer Einheiten die Rede ist. Die starke militärische Komponente in der „Polizeiausbildung“ durch die USA, wie auch jüngste Forderungen, die Ausbildung von Feldjägern der Bundeswehr vornehmen zu lassen, hat mit dem, was man in der Öffentlichkeit gemeinhin als „Polizei“ versteht, nur noch sehr wenig zu tun. Allein deshalb ist es schon schwierig, über Zahlen zu sprechen, wie viel „Polizei“ ausgebildet werden kann. Bei der genannten Kurzausbildung – auch durch Feldjäger der Bundeswehr – ist das Ziel, 20.000 zusätzliche „Polizisten“ auszubilden, wohl realistisch. Bedingung ist natürlich, dass genug AusbilderInnen von Bundes- und Länderpolizei zur Verfügung stehen.

Für den Aufbau rechtsstaatlicher Polizeistrukturen, wie sie mittels der EUPOL-Strategie geschaffen werden könnten, fehlt es – um



↳ Wolfgang Gunkel, SPD-Bundstagsabgeordneter, ist seit 2005 ordentliches Mitglied im Innenausschuss sowie im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages. Außerdem ist er Sprecher der sächsischen SPD-Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion.

Foto: privat

auf die genannten Zahlen zu kommen – an den materiellen Grundlagen. EUPOL ist in seiner bisherigen Form hoffnungslos unterfinanziert. Man muss sich nur die Zahlen vor Augen führen: Jährlich fließen allein in den Bundeswehreinsatz in Afghanistan etwa 500 Mio. Euro. Dagegen lag das EUPOL-Budget für ganz Afghanistan in 2009 gerade einmal bei 64 Mio. Euro. Damit ist kein Staat zu machen.

spw: Über welche Qualifikationen verfügen die bisher ausgebildeten Polizisten? Wo kommen die Sicherheitskräfte zum Einsatz?

» **W.G.:** Wie gesagt, die in wenigen Wochen ausgebildeten paramilitärischen Einheiten, ich nenne sie mal „Sicherheitskampfgruppen“, verfügen über keine Qualifikationen im klassischen Sinn einer Polizeiausbildung. Sie sind ja auch dazu da, dort die Kohlen aus dem Feuer zu holen, wo die Streitkräfte ihre Arbeit nicht machen. Die werden da zum Teil richtig verheizt. Diese Einheiten können nach einer Befriedung des Landes natürlich nicht als Polizei im eigenen Sinne verwendet werden. Vielmehr wird es sich spätestens dann als Problem für den afghanischen Staat erweisen, diese paramilitärischen Gruppen zu entwaffnen und zu kontrollieren.

Bei den Polizisten, die nach dem EUPOL-Konzept ausgebildet werden, verhält es sich anders. Das Problem ist nur, dass auf dieser Ebene und mit solchen fundierten Qualifikationen zu wenig Polizisten vorhanden sind.

spw: Ein großes Ausmaß an Korruption im afghanischen Staatsapparat behindert den Aufbau, wie stark ist die afghanische Polizei davon betroffen?

» **W.G.:** Allumfassend. Deshalb ist es ja so wichtig, dass die Polizisten gut bezahlt werden. Dazu muss man natürlich eine Menge Geld in die Hand nehmen. Nur, wenn die Bezahlung von Polizei und Verwaltung so hoch ist, dass eine Abwanderung zu den Taliban oder die Bestechlichkeit zurückgeht, wird der Polizeiaufbau gelingen. Korruption, Vetternwirtschaft und Ämterkauf bei der afghanischen Polizei unterminieren das Vertrauen der Bevölkerung. Deshalb muss die neu gegründete Antikorruptionsbehörde zügig auf- und ausgebaut werden. Sie muss von der Regierung unabhängige Instrumente des „law enforcement“ erhalten.

spw: Der Einsatz deutscher Polizisten erfolgt auf freiwilliger Basis. Theoretisch dürfen sie nur in relativ befriedeten Gebieten arbeiten. Wie gestalten sich deren Einsatzbedingungen?

» **W.G.:** Bundesinnenminister de Maizière hat kürzlich noch einmal betont, dass die Bekämpfung der Taliban Aufgabe der in Afghanistan eingesetzten Soldaten sei. Unsere Polizisten sollen nur ausbilden und beraten, und zwar – und das ist ganz wichtig – ohne operative Aufgabe. Wenn es dabei bleibt, ist das in Ordnung. Allerdings hat man inzwischen von Innenstaatssekretär Schröder etwas anderes gehört. Hier wird schon von Beteiligung am Kampfeinsatz gesprochen. Die Empörung und scharfe Kritik bei den Polizeigewerkschaften als Reaktion auf solche Aussagen finden meine volle Unterstützung. Polizei ist kein Akteur im Bürgerkrieg.

spw: Unter welchen Voraussetzungen wäre der Aufbau einer handlungsfähigen afghanischen Polizei denkbar?

» **W.G.:** Um eine handlungsfähige afghanische Polizei ausbilden zu können, müssen die Ziele realistischer formuliert und die zur Verfügung stehenden Instrumente aufgezeigt werden. Man braucht klar gegliederte Einheiten und Führungsstrukturen. Außerdem gilt es, ein effektives Grenzregime, insbesondere entlang der pakistanischen Grenze, zu errichten. Die Grenzpolizei und die Bereitschaftspolizei sind dabei zu integrieren. Die Ausbildung von Straßen- und Grenzpolizisten kann maßgeblich zur Verbesserung der Sicherheitslage beitragen. Ferner sollte eine stärkere Dezentralisierung erwogen werden, um insbesondere auch auf lokaler Ebene voranzukommen. Dazu wird aber auch ein zunehmend befriedetes Umfeld benötigt. Dafür müssen die Streitkräfte sorgen, meinestwegen auch mit Unterstützung von paramilitärischen Sicherheitskampfgruppen. Die müssen aber dann den Streitkräften unterstellt werden, um sie später auch kontrollieren zu können. Andernfalls schafft man schon jetzt die Grundlage für einen Bürgerkrieg mit marodierenden bewaffneten Kampfeinheiten.

spw: Der SPD-Bundestagsfraktion hat im Dezember eine „Task Force Afghanistan-Pakistan“ eingerichtet, darüber hinaus soll die Parteibasis an der Afghanistan-Debatte beteiligt werden. Welche politischen Impulse erwartest Du davon?

» **W.G.:** Der Ansatz ist vernünftig und ergibt Sinn. Allein, mir fehlt der Glaube, dass ein solcher Diskussionsprozess in so kurzer Zeit funktionieren kann. Wenn die Debatte vom Ortverein ausgehend über die Gliederungen der Partei bis in die Parteispitze mit entsprechenden Rückkoppelungen geführt werden soll, brauchen wir entweder mehr Zeit oder permanent arbeitende Koordinierungsgremien in den Landesverbänden. ■

↳ Das Interview führte Stefan Stache